

8. [Schweizerische Kreditanstalt], «Sitzung der schweizerischen Delegation in Bern betreffend Verhandlungen mit Deutschland», 16. 5. 1941

Sitzung der schweizerischen Delegation in Bern betreffend Verhandlungen mit Deutschland

Freitag, den 16. Mai 1941, 15.15 Uhr Nationalbank.

Anwesend die Herren: Vizedirektor W. Burger, Schweizerische Verrechnungsstelle, Dr. Frey, Vorort, Dr. P. Hirzel, Schweizerische Kreditanstalt, Direktor Dr. Homberger, Vorort, Dr. P. Gygax, Handelsabteilung des E.V.D., Direktor Dr. J. Hotz, Handelsabteilung des E.V.D., Direktor Dr. Hunziker, Fremdenverkehrsverband, Prof. Keller, Handelsabteilung E.V.D., Generaldirektor Dr. Koenig, Rentenanstalt, R. Kohli, Politisches Departement, Prof. Laur, Schweizerischer Bauernverband, Fürsprech Marti, Handelsabteilung des E.V.D., Dr. Probst, Handelsabteilung des E.V.D., Direktor Schwab, Schweizerische Nationalbank, Direktor Steiger, Schweizerische Verrechnungsstelle.

Dr. Hotz referiert über die Verhandlungen vom 17. bis 26. April in Berlin und teilt eigentlich nur mit, was im Bericht des Volkswirtschaftsdepartements vom 28. April 1941 an den Bundesrat enthalten ist. Die Deutschen hätten für unsere Einwendungen, dass ein Kredit von 850 Millionen eine Inflationsgefahr bedeute, wenig Verständnis gezeigt und erklärt, ihre Erfahrung habe gezeigt, dass eine Inflation vermieden werden könne. Eine Diskussion über die Reichsbankspitze lehnte die deutsche Seite freundlich aber scharf ab. Ebenso wurde strikte abgelehnt, das schweizerische Begehren auf 25 tausend Tonnen monatlich Eisen. Kohle würde im Umfang von 200'000 Tonnen monatlich geliefert, was auch eine erhebliche Vermehrung bedeutet. Beim Transit verlangte man von Deutschland eine freundlichere Haltung. Das Getreide aus Russland kommt nicht in die Schweiz, ebenso kein Benzin. Die 10 griechischen Schiffe, auf denen zwar die Schweizerfarben aufgemalt sind, die aber nicht unter Schweizerflagge fahren, müssen freies Geleite [sic] im Atlantik erhalten, damit wir endlich die Waren bekommen. In den Massnahmen der Gegenblockade müssen uns Erleichterungen gewährt werden, da jetzt unser Export nach Uebersee vollständig darniederliegt. Hier scheint auf deutscher Seite gewisses Verständnis vorhanden zu sein. Am letzten Donnerstag fand eine Aussprache im Bundesrat über die Probleme statt und der Bundesrat hat auch seine Beschlussfassung bis heute hinausgeschoben. (Wie sich nachher ergibt, hat der Bundesrat schon in der Vor-

mittagsitzung vom 16. Mai Beschluss gefasst!). Die weiteren Verhandlungen mit Deutschland würden, wenn die Delegation damit einverstanden ist, sofort wieder aufgenommen, und zwar zuerst im kleinen Kreise, in der Meinung, dass nachher die Gruppen- und Fachfragen zur Behandlung kommen sollen.

Dr. Homberger: Wichtig ist, dass der grosse Vorschuss nur etappenweise in Anspruch genommen wird, da man einen vierteljährlichen Fälligkeitsplan aufstellt und zwar so, dass das Maximum des Kredites erst im letzten Quartal 1942 in Erscheinung tritt, sofern es überhaupt dazu kommt. Das ist eine wesentliche Verlängerung des ursprünglichen deutschen Planes. Die 850 Millionen sind nicht nur die obere Grenze, sondern Deutschland muss den Fälligkeitsplan inne halten. (Durch die Ausgabe der Devisenbescheinigungen). Verrechnet sich die deutsche Seite, wird die Verschuldung also überschritten, so muss Deutschland dies korrigieren, wozu ihm drei Wege zur Verfügung stehen a) Deutschland liefert der Schweiz die von ihr dringlich benötigten Waren, b) Deutschland bezieht weniger im laufenden Clearing, c) Deutschland bezahlt in freien Devisen oder zu Lasten des freien Kontos der Reichsbank. Die innerwirtschaftlichen Folgen des Kredites (Inflationsgefahr) sind nicht so hoch einzuschätzen. Wichtiger sind die ausserwirtschaftlichen Folgen, weil dieser Kredit als eine einseitige Hilfeleistung an Deutschland betrachtet werden könnte. Wenn man der Gegenseite aber die Lage klar macht, wird sie dies verstehen. Die grösste Gefahr ist, dass wir uns mit Deutschland verfeinden könnten. Dann wären wir nicht nur von den Westmächten, sondern auch von den Achsenmächten isoliert. Deutlich wurde in Berlin zu verstehen gegeben, dass Deutschland mit seinen grossen Kohlen- und Eisenlieferungen eigentlich Opfer bringe, die die Schweiz mit ihrer Haltung gar nicht verdiene. Erneut muss darauf hingewiesen werden, wie eine gewisse Presse in der Schweiz durch ihre Schreibweise uns schadet. Das wurde auch dem Bundesrat mit aller Deutlichkeit erklärt. Es ist ein Spiel mit dem Feuer. Die Stimmung in Deutschland wird für uns ein immer grösseres Hindernis für die Regelung der wirtschaftlichen Probleme. Man betrachtet die schweizerische Regierung als verantwortlich für die in unserer Presse zum Ausdruck kommende Meinung. In Berlin zeigte man Verständnis für unsere neutrale Stellung, sodass damit gerechnet werden darf, Erleichterungen bei der Gegenblockade zu erhalten. Solange die Vorschüsse bestehen, geben sie der Schweiz einen Lieferungsanspruch auf bestimmte Minimalmengen von Kohle und Eisen, die damit auf lange Zeit gesichert sind. Was uns nach dem 31. 12. 42 an Kohle und Eisen geliefert wird, müsste dann verrechnet werden, womit die deutsche Seite einverstanden zu sein scheint. Das bedeutet also eine mindestens teilweise Tilgung der Clearingvorschüsse. Da man für die Gewährung des Kredites die Notenbank nicht in Anspruch nehmen möchte, muss man sich fragen, ob man nicht dadurch Mittel beschaffen könnte, dass man den schweizerischen Exporteuren einen Diskont abziehen würde. Das ist aber nicht angängig, weil diese einen solchen wieder auf die Preise überwälzen würden, was dann wieder auf die Vorschüsse wirken würde. Wir haben daher dem Bundesrat davon abgeraten. Dagegen könnte man die Auszahlungsfristen für die Warenexporteure z.B. auf 6 Monate erhöhen, über welchen Vorschlag die Deutschen zwar nicht erfreut waren, weil die Exportfreudigkeit der Schweizer darunter leiden könnte. Deutschland hat wachsendes Misstrauen, dass beim Begleitscheinverfahren bei uns Missbrauch getrieben werde. Sie haben uns nunmehr gewisses Material übergeben, doch sind die untersuchten Fälle in Ordnung. Ein legitimes Loch allerdings besteht im Briefpostverkehr, der für den Warenversand (bis 2 kg.)

inskünftig zu verbieten sein wird. Diese Massnahme müssen wir autonom von uns aus anordnen, sonst kommt es dazu, dass entweder der gesamte Verkehr nur noch über eine Stelle, z.B. Genf-Bellegarde gehen darf, oder dass eine Briefzensur eingeführt wird, wie England eine solche auf den Bermuda Inseln mit der aus den U.S.A. kommenden Post handhabt. Wir können nicht mehr länger in der Opposition beharren gegenüber Deutschland, wie wir eine solche seit 6 Monaten betrieben haben. Die Zeit hat nicht für uns gearbeitet. Der Ausgang der Verhandlungen hat politische Wirkung. Man muss auch an die Zukunft Europas denken und an die Rolle, die die Schweiz darin spielen wird. Die Schweiz will die 15'000 Tonnen Eisen monatlich und 200'000 Tonnen Kohle, freies Geleite für die 10 griechischen Schiffe mit Schweizerfarben, Verbesserung des Geleitsystems, Bezahlung der 20 Millionen Fr. beschlagnahmten Waren in freien Devisen, gewisse Wiedergutmachung für das schweizerische Versicherungswesen.

Prof. Laur verdankt die orientierenden Referate, die entschieden notwendig wären. Ueber den Stillstand der Verhandlungen ist er ausserordentlich beunruhigt. Es gilt rasch zu einer definitiven Lösung zu kommen. Inflationsgefahr ist nicht gross. Wir geben den Vorschuss ja nur, wenn vorher exportiert worden ist. Das ist die billigste Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Ob allerdings die Deutschen mit 850 Millionen gesättigt sein werden, ist fraglich. Eine Verlängerung der Auszahlungsfristen lehnt er ab, jedenfalls will die Landwirtschaft mit den Auszahlungen nicht zuwarten. Besser wäre es, die Gebühren der Schweizerischen Verrechnungsstelle zu erhöhen. Die politische Bedeutung des neuen Abkommens ist gross. Was werden die Westmächte dazu sagen. Werden sie uns die Durchfuhrbescheinigungen noch geben oder werden noch mehr Bomber über Zürich kommen wie das letzte Mal? Der Warenversand im Briefpostverkehr sollte nicht unterbunden werden.

Direktor Schwab ist mit der allgemeinen Linie einverstanden. In den grossen Kredit wird die Schweiz beissen müssen, aber über die Form wird man wohl noch beraten können. Eine gewisse Gefahr auf währungspolitischem Gebiet besteht bei der Gewährung eines so erheblichen Kredites, weil der Bund über den Weg der Notenbank zusätzliche Mittel in den Verkehr wirft. Auch politische Gefahren bestehen. (Der amerikanische Handelsattaché hat sich über das Vorschusswesen bereits erkundigt). Die Gefahr besteht, dass Amerika sagt, die Schweiz finanziere die deutschen Kriegsmaterial-Lieferungen. Die Nationalbank ist der Auffassung, dass diese Vorschüsse nicht durch den Bund und die Nationalbank gewährt werden sollten, sondern durch die privaten Banken. Es soll der Schweiz überlassen bleiben, wie sie die Mittel für den Vorschuss aufbringt. Man könnte daran denken, für das erste Jahr keinen Zins, von 1942 an aber einen bescheidenen zu verlangen und die Tilgung z.B. erst nach dem 5. Jahr. Doch wird ein solches Postulat heute nicht mehr durchzusetzen sein. Wichtig aber ist, dass Bund und Notenbank bei diesem Kredit ausgeschaltet sind. Da eine reale Garantie den Banken nicht gegeben werden könnte, müsste der Bund die Garantie übernehmen. Den Zins könnte man durch Abzug eines Diskonts bei den Exporteuren verlangen. Das Eidgenössische Finanzdepartement hat die Nationalbank beauftragt, die Frage der Finanzierung zu studieren. Auf eine erneute Anfrage, ob der Bundesrat schon Beschluss gefasst habe, erklärte Herr Hotz, dass der Bundesrat «für die nächste Etappe» beschlossen habe, dass der Bund den Kredit wie bisher gewähre.

Direktor Hotz: Im jetzigen Moment ist es unmöglich, einen Zins zu verlangen, der Deutschland direkt oder indirekt belastet. Das ist aber bei einem Diskontabzug bei

den Exporteuren der Fall, und auch bei einer Erhöhung der Clearinggebühren. Beides geht schliesslich zu Lasten der Deutschen. Wir dürfen die Verhandlungen nicht durch das Studium der Zinsfrage hinauszögern. Der psychologische Moment zum Verhandeln ist da. Das vorbereitende Telegramm nach Berlin für die Wiederaufnahme der Verhandlungen muss noch heute fort.

Prof. Keller. Man muss jetzt rasch handeln. Aber wir müssen unbedingt bei der Gegenblockade konkrete Erleichterungen für unsere Ausfuhr erzielen, will man nicht bei den Westmächten eine für uns nachteilige Reaktion hervorrufen.

Generaldirektor Dr. Koenig. In Deutschland versteht man nicht, warum man in der Schweiz nicht gegen eine gewisse Presse einschreitet. In der berühmten «Mappe» gegen die Schweiz wird alles genau registriert. Vorläufig lässt man sie liegen. Der deutsche Gesandte Köcher hat viel Verständnis für die Schweiz, aber in Deutschland betrachtet man seine Berichte nicht als massgebend. Er wird auch überwacht.

Direktor Dr. Hunziker. Der Kredit ist sicher eine grosse Belastung für die Schweiz, aber wir können immerhin als souveräner Staat verhandeln und erhalten wertvolle Gegenleistungen. Auch er betont, wie eine gewisse Presse in der Schweiz uns schadet.

Dr. Hirzel. Der an der Teilnahme an der Sitzung verhinderte Herr Generaldirektor Dr. Vieli war und ist sehr beunruhigt, dass die Verhandlungen mit Deutschland bisher nicht weitergeführt wurden. Er hatte dieser Tage Besuch von drei deutschen Stellen, die deutlich im Auftrag und nicht aus eigener Initiative zu ihm kamen. Auch zwei Vertreter von Schweizerunternehmungen, die grosse Betriebe in Deutschland haben, sprachen bei ihm vor. Bei allen kam zum Ausdruck, dass die Stimmung in Deutschland gegenüber der Schweiz sehr aufgebracht sei, weil man die schweizerische Haltung in den Wirtschaftsverhandlungen mit Deutschland d.h. dieses Zuwarten einfach nicht mehr verstehe und dahinter englischen Einfluss vermute. Natürlich widerlegte Herr Dr. Vieli diese Auffassung, als ob englischer Einfluss dahinter stecke, als falsch, aber die übereinstimmenden Aeusserungen so verschiedener Stellen beider Länder, sind doch symptomatisch. Es ist daher die Auffassung des Herrn Generaldirektor Dr. Vieli, die sich vollständig mit derjenigen des Herrn Präsidenten Dr. Jöhr deckt, dass die Verhandlungen nunmehr sofort aufgenommen werden sollen. Das ist ja auch gemäss den Ausführungen des Herrn Vorsitzenden nunmehr der Fall. Aber auch eine Verzögerungstaktik bei den einmal wieder aufgenommenen Verhandlungen wäre im jetzigen Zeitpunkt vollständig falsch. So sehr eine zähe Verhandlungspolitik oft angebracht ist und auch anerkannt werden muss, so gibt es einen psychologischen Moment, wo man nicht mehr länger zuwarten darf. Die Verhandlungen müssen auch rasch zu einem Ende geführt werden; nur durch die Tat können wir die falsche Auffassung in Deutschland über die Haltung der Schweiz korrigieren. Den grossen Kredit muss die Schweiz nun eben gewähren. Davon sollten auch die Finanzgläubiger profitieren. Ob allerdings eine Besserstellung der Finanzgläubiger gegenüber dem jetzigen Abkommen mit Erfolg postuliert werden kann, vermag Herr Dr. Vieli, der seit September 1940 an den Verhandlungen mit der deutschen Seite nicht mehr teilgenommen hat, nicht zu entscheiden. Das kann allein die Verhandlungsdelegation auf Grund ihrer Kenntnis der jeweiligen Verhandlungen beurteilen. Auf keinen Fall aber darf aus den Verhandlungen irgendeine Schlechterstellung der Finanzgläubiger resultieren, nachdem sie schon seit dem 1. Oktober 1939 auf einem bisher nie erreichten Tiefpunkt von 2% p.a. angekommen sind.

Dr. Homberger. Es gilt mit den Verhandlungen nunmehr schnell vorwärts zu machen. Mit der Zinsfrage dürfen wir keine Zeit mehr verlieren. Gehen wir mit der Auszahlungsgebühr hinauf, so müssen wir dies gegenüber allen anderen Ländern auch tun. Man könnte daran denken, dass, wer eine sofortige Barauszahlung wünscht, sich einen Diskont abziehen lassen müsste, der so hoch sein muss, wie das Geld den Bund zu stehen kommt.

Schluss der Sitzung 19.05 Uhr.

Quelle: Archiv CSG, 08.105.201.310, 1/3. Siehe S. 142 (Anm. 207).